



KODAK GRAY SCALE



C	Red-Filter Negative	Cyan Printer	M	Green-Filter Negative	Magenta Printer	Y	Blue-Filter Negative	Yellow Printer
----------	---------------------	--------------	----------	-----------------------	-----------------	----------	----------------------	----------------



KODAK COLOR CONTROL PATCHES



These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.

Wünsche der Braunschweiger,

zur

Beherzigung bei den bevorstehenden

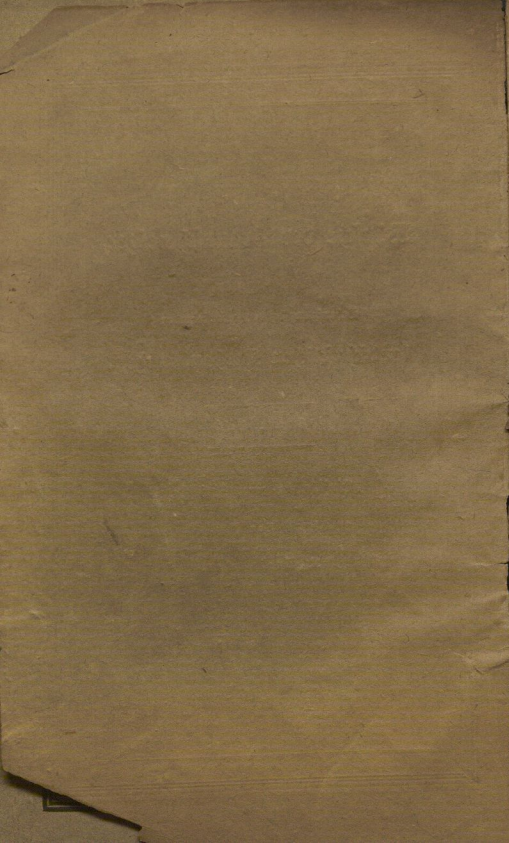
landschaftlichen Verhandlungen.

Zweites Heft.

Einführung einer Zivilliste.

Von

K. Steinacker.



Wünsche der Braunschweiger,

zur

Beherzigung bei den bevorstehenden

landschaftlichen Verhandlungen.

Zweites Heft.

Einführung einer Zivilliste.

Von

K. Steinacker.

Braunschweig,

Verlag von Friedrich Vieweg.

1831.

Handwritten text, likely a title or header, appearing as a mirror image.

Handwritten text, likely a title or header, appearing as a mirror image.

Handwritten text, likely a title or header, appearing as a mirror image.

Handwritten text, likely a title or header, appearing as a mirror image.

Handwritten text, likely a title or header, appearing as a mirror image.

Handwritten text, likely a title or header, appearing as a mirror image.

V o r w o r t.

Die nachstehende kurze Abhandlung hat keinen andern Zweck, als die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche, nach der Ansicht Mancher, der Hauptidee einer Zivilliste im Wege stehen. Eine vollständige Erörterung der Sache, insofern man dieselbe als eine Vorarbeit zu den landschaftlichen Berathungen betrachten wollte, hätte freilich, theils eine Ausmittlung Alles desjenigen, was bei uns zu den Domänen und Kammergütern gehört, theils eine Berechnung des für die Zivilliste auszuwerfenden Betrags vorausgesetzt. Allein ein solches Eingehen in alle Einzelheiten würde nicht nur dem Zwecke dieser Blätter entgegen sein, welche nichts weiter wollen, als die Hauptansichten über öffentliche Institute ausbilden, verbreiten und läutern, sondern es würde auch über denjenigen Kreis von Erfahrungen hinausgehen, welchen sich ein Privatmann

von solchen Einzelheiten, nach der natürlichen Lage seiner Verhältnisse, verschaffen kann. Und so wünsche ich, daß die folgenden Blätter beurtheilt werden mögen, indem, wenn die Idee an sich Eingang findet, es denjenigen Männern, welche die Ausführung derselben alsdann zu besorgen haben, auch nicht an den nöthigen Hülfsmitteln fehlen wird, die weitem Nachweisungen sich zu verschaffen.

Geschrieben im März 1831.

Der Verfasser.

Seitdem die Engländer am Ende des siebzehnten Jahrhunderts zuerst den Versuch gemacht haben, durch Bestimmung der jährlichen Ausgaben für den königlichen Hof eine allgemeine Staats-Haushalts-Rechnung aufzustellen, ist diese Idee, freilich unter mancherlei Abänderungen, in den größten Staaten Europa's, und zum Theil auch in Deutschland als zweckmäßig anerkannt und zur Ausführung gebracht worden.

Freilich kann England, bei dem höchst eigenthümlichen Zustande seiner Finanzen, nicht gut für andere Staaten als Vorbild gelten; indeß muß doch dasjenige, was in einem mit enormen Schulden belasteten und mit enormen Hülfquellen versehenen Staate zur Ordnung führt, auch in andern Ländern, der Hauptsache nach, dieselbe Wirkung hervorbringen, und weit entfernt, daß man in Staaten, wo einmal Zivillisten eingeführt sind, davon wieder abgegangen wäre, hat man sich vielmehr von ihrer Zweckmäßigkeit so sehr überzeugt, daß das Streben, etwas Aehnliches zu haben, sich zum Theil mit günstigem Erfolge *) immer mehr und mehr ausspricht.

Auch in unserm Lande ist ein solcher Wunsch laut geworden, nicht geweckt durch planloses Tagen nach neuen

*) Verfassungs-Urkunde für Kur-Hessen vom 5ten Januar 1831. §. 139—152. Auch die den Sachsen von ihrer Regierung in dieser Zeit gemachten Vorschläge zu einer neuen Verfassung sollen auf eine Zivilliste gerichtet sein.

Theorien, nicht eingeschwärzt durch Nachahmungssucht, sondern gewaltsam hervorgepreßt durch die Erinnerung an eine durchlebte schmergedrückte Zeit. Wir sind Zeugen einer Marime gewesen, nach welcher die Staatsbedürfnisse als Nebensache betrachtet wurden; wir haben gesehen, wie dadurch allmählig alles Mark aus der Staatsmaschine gezogen wurde, deren gänzlichem Stillstande wohl Mancher mit bangem Erwarten entgegensah; und wer es irgend aufrichtig und ehrlich mit dem Vaterlande meint, der wird Alles aufbieten, was in seinen Kräften steht, um zu verhindern, daß eine solche Zeit in Ewigkeit nicht wiederkehre.

Daß für diesen hochwichtigen Zweck durch die Einführung einer Zivilliste außerordentlich viel gewonnen sein würde, leidet wohl keinen Zweifel, denn sie besteht eigentlich in weiter nichts, als 1) in einer völligen Ausgleichung aller Ausgaben des Staates, mit seinen Einnahmen, und dann weiter 2) in einer Ausgleichung aller Staatsausgaben, ohne Unterschied, mit den Bedürfnissen, und zwar beides nach einer mit dem Volke oder dessen Vertretern getroffenen Uebereinkunft. Freilich begreift man unter dem Namen Zivilliste gewöhnlich nur denjenigen Antheil an den Staatseinkünften, welcher dem Regenten für den Hofstaat und die Hofhaltung angewiesen ist; allein die Operation, wodurch eine solche Ausscheidung verwirklicht wird, besteht eben nur in jener durchgreifenden Staats-Haushalts-Rechnung, und macht einen Theil derselben aus.

Wenn nun etwas Neues eingeführt werden soll, so ist es natürlich, daß Jeder, dessen Interesse dabei berührt wird, zunächst für sich die Untersuchung anstellt, ob auch er persönlich darunter nicht leide, und dann, wenn er dieß doch finden sollte, ob man Recht habe, von ihm ein Opfer zu for-

bern. Die deutsche Billigkeit ist ohnehin zu sehr daran gewöhnt, dem Rechte nur eine geschichtliche Begründung einzuräumen, ja sogar wohl ohne weitere Untersuchung schon das faktisch Bestehende für Recht zu halten, und selbst bei den wichtigsten Instituten des öffentlichen Lebens nicht nach dem Zwecke, sondern nur nach dem Ursprunge zu fragen, daß man mit rein = theoretischen Gründen, selbst wenn sie durch die dringendste Nothwendigkeit unterstützt würden, in dem jetzigen Jahrhunderte noch zu früh kommen würde. Auch ist die Sache allerdings wohl wichtig genug, um nach jeder Seite hin geprüft und erörtert zu werden, von welcher sie eine Beurtheilung und die Anwendung anerkannter Prinzipien zuläßt. Es handelt sich hier nicht um ein vorübergehendes Institut im öffentlichen Leben, nicht um die Stellung der einzelnen Stände gegen einander und die Berührung ihrer widerstrebenden Interessen, sondern es handelt sich um einen Vertrag zwischen dem Fürsten und seinem Volke, um die Feststellung einer Gränzlinie, deren bisherige Unbestimmtheit falscher Wahn von Fürstengröße nicht selten als ein Kronjuwel gepriesen und behauptet hat.

Wollte man der sogenannten historischen Schule in der Politik die Gewalt einräumen, daß das Gegebene, ohne Rücksicht auf Zweckmäßigkeit, nur darum, weil es einmal vorhanden, weil es gegeben ist, als ewiges Recht gelten müßte, so würde man in einer Welt, in welcher es keinen Stillstand, nur Fortschritte und Rückschritte giebt, in welcher jeder Tag, jede Stunde den unverjährbaren Anspruch der Zeit auf Veränderung geltend macht, durch menschliche Institute einem ewigen Naturgesetze Trotz bieten, so würde man in dem Wahne, im Gegensatz mit dem unaufhaltbaren Kreislaufe der Dinge, ein Stabilitäts = Prinzip zu behaupten, den Rück-

Schritt nur desto gewisser herbeiführen. Eine historische Begründung gegenwärtiger Rechtsverhältnisse ist nur dann möglich, wenn man sich überzeugt, daß, und wie es der waltende Zeitgeist war, der in die Verhältnisse der Menschen eingriff und die Geschichte bildete, daß er ewig fortwirkt, daß aber die Gegenwart eben sowohl der Geschichte angehört, als die Vergangenheit, und daß man also unhistorisch zu Werke geht, wenn man jetzt nur die nackten Thatfachen einer abgestorbenen Vergangenheit neu beleben, den Zeitgeist aber tödten will. Wer den Fäden des Gewebes, aus welchen die Gegenwart besteht, bis zu ihrem Ursprunge im grauen Alterthume nachforscht, der vergesse nicht, daß an diesen Fäden noch jetzt fortgesponnen wird, und daß man sie beim Fortschreiten zerreißen würde, wollte man dieß unterlassen.

Aus diesem Gesichtspunkte, dessen Richtigkeit im Allgemeinen gewiß schwerlich mit Erfolg bestritten werden dürfte, glaube ich die Behauptung vertheidigen zu können: daß die Idee einer Civilliste bei uns keineswegs neu, sondern daß sie tief in den Elementen unserer politischen Geschichte begründet ist, und daß es nur der Zusammenstellung einiger daraus sich ergebenden Resultate bedarf, um die Rechtmäßigkeit einer Civilliste aus dem schon Gegebenen rein und vollständig zu entwickeln *).

*) Es giebt überhaupt für den Freund der vaterländischen Geschichte gewiß keine erfreulichere Beobachtung, als, bei dem Forschen nach dem Ursprunge einzelner Institute, zu finden, daß die Grundideen bei allen öffentlichen Einrichtungen unserer Vorfahren gewöhnlich sehr vernünftig und nach dem Prinzip wahrer Volksfreiheit bestimmt waren. Daß diese liberalen Grundideen im Barbarismus des Mittelalters untergingen, und damit nicht nur die Volksfreiheit, sondern auch alles eigentliche Volksleben erstarb, kann nicht auf-

In allen Systemen des öffentlichen Rechts, soviel deren auch sein mögen, wird ein Unterschied zwischen Staatsgütern und Privatvermögen des Fürsten, sogenannten Schatullgütern, anerkannt, und das stimmt so sehr mit den Forderungen der Vernunft überein, daß ohne diesen Unterschied ein geordneter Staat gar nicht gedacht werden kann. Im Allgemeinen drückt der Name freilich schon ziemlich aus, worin der Unterschied eigentlich besteht, daß nämlich die Staatsgüter für den Staatszweck bestimmt sind, und mit der moralischen Person des Regenten nur in so fern in Verbindung stehen, als er Regent ist, wogegen er an den Schatullgütern alle Rechte eines Privatmannes hat. In wie weit

fallen; aber merkwürdig genug erhielten sich oft nicht nur die Formen, in denen jene Ideen sich aussprachen, sondern sie wurden gerade unter dem Einflusse des durch Feudalwesen beschützten Stabilitäts-Prinzips zu Werkzeugen einer aristokratischen Despotie. Einen Beweis liefert die Art, wie unsere landständische Verfassung sich gebildet hat. In den Zeiten der altsächsischen Republik galt das Prinzip der Volksrepräsentation in seiner höchsten Reinheit, denn die höchste Souveränität war in den Händen des versammelten Volks, und da man einmal persönliche Unfreiheit gesetzlich anerkannt hatte, so war es allerdings natürlich, daß nur Freie in der Volksversammlung erscheinen konnten. Als das fürstliche Ansehen sich ausbildete, war durch Umstände verschiedener Art die Zahl der Freien schon sehr gering geworden, und ein großer Theil der vorhin Freien in den Stand der Unfreiheit übergetreten. Erst im Gegensatz einer fürstlichen Macht konnte sich aber eine Landstandschafft im heutigen Sinne gestalten, und dem damaligen Zustande war es freilich angemessen, daß nur die persönlich Freien daran Theil nahmen, weil die Begriffe von persönlicher Freiheit und freiem Eigenthume unzertrennlich zusammenhingen. Allein auch als nachher die Unfreiheit der Person wiederum einem allgemeinen Staatsbürgerrechte Platz machte, hatten jene Ueberbleibsel der alten Volksfreiheit das Recht der Landstandschafft allein in ihren Händen behalten, und sich als besondere Stände, als Aristokratie, vom übrigen Volke ausgeschieden.

indess die Rechte des Landesherrn an den Staatsgütern, welche man auch Domänen oder Kammergüter nennt, durch jenen allgemeinen Begriff weiter modifizirt und festgestellt werden, darüber hat es freilich in der Theorie, wie gewöhnlich, insbesondere der ältern Zeit, immer verschiedene, zum Theil sehr abenteuerliche *) Ansichten gegeben. Indess läßt sich doch in den meisten deutschen Staaten die Entstehung des fürstlichen Ansehens so bestimmt nachweisen, oder wenigstens in ihrem Werden Schritt vor Schritt verfolgen, daß dadurch über die Natur des Staatsvermögens ein sehr helles Licht verbreitet wird.

Bekanntlich sind die deutschen Landesfürsten größtentheils aus kaiserlichen Beamten entstanden **), welche in den Stürmen des Faustrechts, und bei einer langen Reihe schwacher

*) Wie weit überhaupt die Begriffsverwirrung in dieser Hinsicht früher gegangen sei, davon kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man aus v. Göbels Helmst. Nebenstunden, Stück 2. §. 3. erfährt, daß sogar die Steuern zu dem Privateigenthume des Fürsten gehören sollen, über welches er nach Belieben schalten könne. Man kann dieß eben so wenig von dem Rechte im Allgemeinen, Steuern zu fordern, als von den eingezahlten Steuerbeträgen behaupten, denn selbst die letztern, auch wenn man sie einmal als eine dem Fürsten zur Disposition gestellte baare Summe betrachtet, sind doch immer zu einem bestimmten Staatszwecke gegeben, und schon die Entstehung unseres ältern Schatzkollegii zeigt, wie wenig man von jeher das Recht der Landstände bezweifelte, über die gehörige Verwendung der eingezahlten Steuern zu dem beabsichtigten Zwecke zu halten.

**) Ich würde hier, um die nöthige Einleitung für das Folgende zu geben, auf v. Florencourt, „Etwas über die Natur, die Veräußerung und Verschuldung der Kammergüter deutscher weltlicher Reichsstände, mit Beziehung auf das herzogl. Braunsch. Edict vom 1sten Mai 1794, die fürstlichen Kammerschulden betreffend (Helmstedt, 1795. 8.)“, verweisen, wenn ich nicht besorgen müßte, daß diese schätzbare, aber leider nicht genug bekannte Abhandlung wohl nur dem geringsten Theile der Leser zugänglich ist.

oder unglücklicher Kaiser zuerst Erblichkeit ihrer Aemter, und dann allmählig Erweiterung ihrer Beamtenmacht zu landesherrlicher Gewalt zu erreichen wußten. Nach der ersten Einrichtung wurden diesen Beamten vom Kaiser gewisse Grundbesitzungen zu ihrem Unterhalte angewiesen, welche natürlich mit der Erblichkeit der Aemter, deren Zubehör sie waren, eben so als erbliches Gut auf die Familien der Grafen oder Herzöge übergingen. Diese Besitzungen nennt man wohl im engeren Sinne Domänen, und unterscheidet sie von den eigentlichen Kammergütern, als denjenigen, welche die Fürsten schon früher als Lehen oder Eigenthum besaßen, und also gewissermaßen mit in die Monarchie brachten. Noch jetzt den Versuch zu machen, in jedem einzelnen Falle zu bestimmen, was eine Domäne und was ein Kammergut sei, würde eine rein vergebliche Mühe sein, da die Zeit alle Unterschiede und Merkmale verwischt hat und die beglaubigte Geschichte so weit nicht reicht. Allein wenn man hierüber auch in Ungewißheit bleiben muß, so lehrt doch die Natur der Sache, daß für den staatswirthschaftlichen Zweck der Unterschied auch alle Bedeutung verloren hat, und die Geschichte hat dieß vollkommen bestätigt. Die deutschen Fürsten haben nämlich die Landeshoheit über ihre Unterthanen nicht als eine Pflicht und etwa auf Bitten derselben übernommen, sondern als ein Recht sich angeeignet, und wer ein Recht ausüben will, der muß sich natürlich auch die Mittel selbst verschaffen, welche dazu erforderlich sind, und zwar ist er alsdann eben so strenge an die Pflichten gebunden, welche von jenem Rechte unzertrennlich sind. Hätten die deutschen Fürsten des Mittelalters nur die Absicht gehabt, ihre Unterthanen wie eine Heerde Vieh zu eigenem Vortheil zu treiben, und nicht auch die, die wichtigsten gemeinschaftlichen Angelegenheiten zweckmäßig zu ordnen

und zu leiten, so würden sie nie zur Landeshoheit gelangt sein; aber auch eben so wenig, wenn sie die Verpflichtung, alle durch die Regentenrechte herbeigeführten Ausgaben und Aufwendungen jeder Art aus ihren eigenen Mitteln zu bestreiten, nicht als etwas von selbst sich Verstehendes anerkannt und erfüllt hätten *). So ging es mehrere Jahrhunderte ruhig fort; die Regierung erbte vom Vater auf den Sohn, und mit ihr der Grundbesitz, das Vermögen, aus welchem der fürstliche Aufwand bestritten werden mußte; die Unterthanen waren an das Interesse der Fürsten durch Gehorsam, und er an das ihrige durch den Schutz, den er ihnen gewährte,

*) Man könnte hier, soviel das Land Braunschweig betrifft, den Einwurf machen, daß ja Heinrich der Löwe seiner Herzogswürde in Sachsen, und der damit als Lehen verbundenen Grundbesitzungen vom Kaiser beraubt worden sei, und daß bekanntlich erst sein Großsohn, Otto das Kind, die Erblände dem Kaiser zu Lehen aufgetragen, und dagegen eine neue Herzogswürde erhalten habe. Man könnte also daraus herleiten, daß die Besitzungen der Braunschweigischen Herzoge sich historisch ohne Ausnahme als ursprüngliches Erbgut nachweisen ließen, daß wir also in unserm Lande, der obigen Abtheilung zufolge, nur reine Kammergüter, und keine Domänen kennen. Allein abgesehen davon, daß, wie gezeigt worden ist, und wie v. Florencourt in dem angeführten Werke noch vollständiger entwickelt, zwischen Domänen und Kammergütern jetzt ein praktischer Unterschied nicht mehr Statt findet, ist zu erwägen, daß schon Heinrich der Löwe unter seinen Erbländen eine Menge Besitzungen alter Grafengeschlechter zählte, welche, der Hauptsache nach, ursprünglich als Domänen betrachtet werden müssen. Und gerade aus jenen Einwendungen scheint mir das Gegentheil weit natürlicher zu folgen. Denn wenn Otto das Kind seine Erblände dem Kaiser zu Lehen austrug, so übernahm er damit auch die Lehenpflicht, und diese bestand ja bei der Herzogswürde eben mit in der Ausübung eines Reichsamts, zu dessen Verwaltungskosten das Lehen bestimmt war. Man kann also wohl annehmen, daß durch jenen Lehenvertrag mit dem Kaiser sämtliche Besitzungen des Herzogs die Natur der Domänen angenommen haben.

geknüpft. Freilich war bei den vielen Fehden, in welche die Fürsten fortwährend verwickelt wurden, bei dem steigenden Luxus, ihr Vermögen, welches sie als Domäne oder Kammergut besaßen, bald nicht mehr hinreichend, die übermäßigen Ausgaben zu bestreiten, und die Unterthanen wurden dann gebeten, dem Fürsten durch eine Beisteuer zu Hülfe zu kommen; allein die Landstände, wenn sie gleich zur Ehrenrettung des Fürsten eine solche Unterstützung nicht wohl abschlagen konnten, versäumten doch nie, darauf aufmerksam zu machen, daß dieß eigentlich nicht in der Ordnung sei, daß der Fürst, wenn er ein Land regieren wolle, auch die Kosten dazu anschaffen müsse, und daß sie vor allen Dingen gegen Verpfändungen oder andere Veräußerungen des fürstlichen Vermögens protestiren müßten. Alles dieß wurde dann in den fürstlichen Reversalen anerkannt, und wenn gleich die Zeremonie immer regelmäßiger wiederkehrte, wenn gleich die Steuern dadurch allmählig eine feste Begründung erhielten, so bildete sich doch gleichzeitig der Grundsatz zur allgemein anerkannten Wahrheit aus: daß dem Fürsten keine willkührliche Disposition über sein Domänen- oder Kammer-Vermögen zustehe, sondern daß er aus den Einkünften desselben, neben seinem eigenen Unterhalte, auch die Staatsausgaben zu bestreiten, und erst, wenn er nicht ausreichen könne, auf Hülfe des Landes zu rechnen habe.

Dieser Satz bildet die Grundlage aller ältern landschaftlichen Verhandlungen, und selbst als man anfang, die Aufmerksamkeit auch auf andere Gegenstände der innern Staatsverwaltung, als fürstliche Schulden und Steuern, zu richten, war man weit entfernt, die dadurch mehr entstehenden Ausgaben zunächst auf Beiträge der Unterthanen anzuweisen,

sondern es wurde immer nur subsidiäre Hülfe zugesagt.

Hier sprach sich also ganz deutlich die Ansicht aus, daß man auch in der Ausbildung des Staatswesens nicht stehen bleiben dürfe, daß man dabei dem Zeitgeiste, dem Fortschreiten der Kultur und der Bedürfnisse folgen müsse, und daß dem Fürsten, welcher die Rechte der Regierung einmal übernommen habe, auch obliege, die hiernach nöthig werdenden Verbesserungen ins Werk zu setzen.

Indeß konnte der Fürst bei einer solchen Maxime auch nicht leiden. Ihm war ein standesmäßiger Unterhalt aus seinen Kammergütern vorzugsweise gesichert, und auf den Fall, daß er mit dem Ueberschusse zu den nothwendigen Staatsausgaben nicht ausreichte, die Hülfe der Unterthanen zugesagt; ihm konnte es also, wenn er allein seinen Vortheil im Auge hatte, gleichgültig sein, wie jener Ueberschuß zum Besten des Landes verwandt wurde, und das Steuer-Verwilligungsrecht der Stände beschränkte sich mit der Zeit hauptsächlich auf eine, freilich selten mit großem Erfolg geführte Kontrolle über die Ausgaben zur Hofhaltung und zu kriegerischen Unternehmungen.

Kein Fürst unsers Braunschweigischen Vaterlandes hat indeß den Zweck der Staatsgüter so frei und klar ausgesprochen, als der edelmüthige Karl Wilhelm Ferdinand in seinem merkwürdigen Edikte vom 1sten Mai 1794. Was noch irgend zweifelhaft und undeutlich sein mochte, das wurde, zur Freude eines treuen Volkes, geläutert durch den Ausspruch eines hochherzigen Regenten, welcher offen erklärte, „daß bei einem verschuldeten Zustande der Kammergüter die besten Anstalten, und sogar diejenigen, die für die Angelegenheiten der Menschen die wichtigsten seien, öffentlicher Unterricht der Jugend, aus Mangel an Hülfsmitteln und Unterstützung, nicht

gedeihen können, und daß die Landesregierung bei ihrem besten Willen, Glück und Wohlstand der Unterthanen zu verbreiten, unthätig bleiben müsse.“ Der hohe Zweck der Kammergüter kann nicht bestimmter ausgesprochen werden, und wenn der große Mann zugleich der Erste war, welcher erklärte, er selbst wolle sich freiwillig die Hände binden, indem er die Unveräußerlichkeit der Kammergüter zum Gesetze machte, so legte er den Grundstein zu einem Gebäude, dessen glückliche Vollendung wir von seinem erhabenen Großsohn hoffen.

Bevor wir indeß das achtzehnte Jahrhundert verlassen, wollen wir versuchen, den Stand der Dinge am Schlusse desselben durch Zusammenfassung der geschichtlichen Resultate in seinen Hauptzügen anzudeuten. Bei den Hindernissen, welche in dieser Hinsicht die krankhafte Halberistenz des deutschen Staatskörpers in den Weg legte, war es freilich noch nicht möglich, die Idee eines Staates auf klare Rechtsgrundsätze zurückzuführen. Man wußte wohl, daß die kaiserliche Majestät noch lebe, in Schriften, und besonders in allen öffentlichen Urkunden, wurde ihr der allerunterthänigste Respekt bewiesen; allein in welches Verhältniß die Völker durch ihre Landesfürsten zu dem Kaiser gesetzt waren, das konnte um so weniger zur deutlichen Anschauung geworden sein, als auch das Verhältniß zwischen dem Kaiser und dem Landesfürsten, so wie zwischen diesem und den Unterthanen weder bestimmt ausgesprochen war, noch überhaupt genau feststand. Seitdem Karl der Große den freien Sachsen unter Andern auch Steuerfreiheit zugesichert hatte, war in dem folgenden Jahrtausend an seinem Fürstenworte so von allen Seiten gezupft, daß es am Ende schwer war, zu sagen, wer den größten Lappen davon in den Händen behalten hatte. Nicht nur auf den Reichstagen hatten die Fürsten, ohne Zuziehung

der Unterthanen, einen Römerzug, eine Türkensteuer nach der andern bewilligt, sondern auch auf den Kreistagen hatte man sich die Erlaubniß dazu genommen; Angst, Noth und Gefahr, so wie die Rücksicht, ein kleines Opfer gern zu bringen, um ein größeres Unheil abzuwenden, waren fortwährende Beweggründe, solche Eigenmächtigkeiten sich gefallen zu lassen, und die oft höchst seltsame Art der Unterhandlung mit den Ständen, die Unsicherheit, mit welcher auf der einen Seite gefordert, nachgelassen oder gedroht, auf der andern verweigert, geboten und bewilligt wurde, zeigten deutlich, daß man selbst nicht wußte, wie weit die Gränzlinie eigentlich ging. So war denn allerdings das Recht der Unterthanen, Steuern zu verwilligen und zu verweigern, am Ende des vorigen Jahrhunderts sehr schwankend geworden, reine Willkühr wenigstens vollständig ausgeschlossen, und die, ohnehin immer mehr erweiterte, Beschränkung der unweigerlichen Steuerpflicht auf einzelne Gegenstände (Türkensteuer, Reichs- und Kreissteuer, Prinzessinnensteuer u. s. w.) mochte vielleicht nur als das letzte ohnmächtige Bestreben der Stände erscheinen, noch den alterthümlichen Glanz eines längst abgestorbenen Rechts zu bewahren.

Trotz dieser anscheinenden und in mancher Hinsicht nicht zu verkennenden Ungewißheit lassen sich jedoch folgende Grundzüge in der damaligen Verfassung mit Sicherheit wahrnehmen. Man hatte eingesehen, daß der Staat nicht auf einem aus Eigennuß abgeschlossenen und eigenen Vortheil bezweckenden Vertrage, sondern auf der Nothwendigkeit beruhe, durch ein engeres Aneinanderschließen, Sicherheit, Aufklärung und Wohlstand zu befördern; daß also seine innere Thätigkeit nicht auf ein todttes Einnehmen und Ausgeben beschränkt sei, sondern auf die höchstmögliche Belebung aller in ihm liegenden

physischen und moralischen Kräfte gerichtet sein müsse. Man war darüber einverstanden, daß die Ein- und Ausführung der hiezu nöthigen Maßregeln zunächst von dem Fürsten erwartet werden müsse, welcher mit der obersten Regierungsgewalt nicht nur das Recht, Gehorsam zu fordern, sondern auch die demselben entsprechende Verantwortlichkeit für das Glück seiner Untergebenen übernommen habe, daß jedoch von ihm nichts Unmögliches gefordert werden könne, und daß also, wenn oder soweit er nicht im Besitze der Mittel sei, den Staatszweck zu erreichen, dem Lande die Verpflichtung obliege, ihm nach Kräften zu Hülfe zu kommen. Der Regent erkannte seine Verbindlichkeit an, unter diesen Rücksichten die Sorge für das Land zu übernehmen, und erklärte unumwunden, daß, soweit es auf die Geldmittel ankomme, die Einkünfte der Domänen und Kammergüter, nächst den Kosten für Bestreitung des fürstlichen Haushalts, wie sich von selbst verstand, einzig und allein zu den Kosten für diejenigen Institute bestimmt bleiben müßten, von deren Erhaltung und Verbesserung die Erreichung des oben angedeuteten Staatszwecks abhängen. Nur solche Ausgaben seien in Beziehung auf die Staatsgüter als nothwendige zu betrachten; und dieß wurde noch besonders dadurch außer allen (freilich in der Theorie nicht einmal vorhandenen) Zweifel gesetzt, daß der Regent die privatrechtliche Benützung derselben durch ein eigenes Gesetz untersagte. Deutlicher konnte die Bestimmung der Kammergüter nicht ausgesprochen werden.

Freilich enthielt schon der Art. 24. der landschaftlichen Privilegien von 1770 die Einräumung der Stände, daß das Land schuldig sei, zu Reichs- und Kreis-Bedürfnissen, so wie zu demjenigen, was die nothwendige Vertheidigung des Vaterlandes erfordere, Steuern zu geben, allein es wurde wieder

aus Art. 45. klar, daß nur ein Theil der Einnahme bei der Kriegskasse aus dem Lande kommen solle, und damit wurde die Uebereinstimmung mit jenem allgemeinen Grundsatz vollständig hergestellt, um so mehr, weil ja nur bei nothwendiger Bertheidigung des Vaterlandes, welche doch nicht immer eintrat, das Land in Anspruch genommen werden konnte. — Noch eine ausdrückliche Bestätigung jener Ansicht findet sich indeß auch im Art. 16, woselbst die Landschaft zu einem Zuschusse zur Begebesserungskasse sich verpflichtet, also ebenfalls erst bei Unzulänglichkeit der Staatseinkünfte Aushülfe verspricht.

So nahe waren wir schon vor 37 Jahren einer Zivilliste, und man hätte denken sollen, daß im neunzehnten Jahrhunderte die Annäherung an das Ziel mit Riesenschritten erfolgen würde; allein man muß gestehen, daß wir durch die Landschaftsordnung von 1820 und den Landtagsabschied von 1823 um einen bedeutenden Schritt zurückgekommen sind. Wie sich überhaupt nicht läugnen läßt, daß durch die letzte Umänderung des landschaftlichen Instituts, bei manchen auf liberale Maximen hindeutenden Einrichtungen, doch eine große Masse von tauben Formen und leeren Konfirmationen an die Stelle älterer wichtiger Rechte, oder doch verfassungsmäßig anerkannter Beziehungen *) gesetzt ist, so muß man auch

*) Es ist hier freilich nicht der Ort, die Mängel der neuen Landschaftsordnung in dieser Hinsicht sämmtlich nachzuweisen, indeß gehört doch die kurze Andeutung einiger nothwendig zum Verständnisse des Ganzen, so wie zur Würdigung der Frage, worauf so viel ankommt, ob und welchen Dank man der Münsterschen Liberalität von 1820 schuldig ist. Die landschaftlichen Privilegien von 1770 sprechen noch mit altem, patriarchalischen Wohlwollen den Grundsatz aus, daß die Landstände *nati et perpetui patriae consilarii* (geborene und fortwährende Rathgeber des Vaterlandes) seien (Art. 6. u. 10.); daß ihre Meinung, so oft es die Umstände

gestehen, daß das Steuer-Verwilligungsrecht der Stände eine höchst bedenkliche Stellung erhalten hat, ja daß es in die

nöthig und rathsam machen, in allen des Landes Wohlfahrt betreffenden Angelegenheiten eingeholt werden müsse (Art. 10.); daß sie über alle politischen Ereignisse, sowohl im Kriege, als im Frieden, vertrauliche Mittheilungen von der Regierung zu erwarten ab (Art. 6.); daß im Falle eines nöthigen Vertheidigungskriegs die erforderlichen Maßregeln mit den Ständen berathen werden sollen (Art. 7.); daß man, bei entstehenden Irrungen in dem fürstlichen Hause, die Einmischung und Vermittlung der Stände gern sehen werde (Art. 8.); daß bei entstandenen Differenzen zwischen dem Fürsten und der Landschaft, wenn Vereinigungsversuche fehlschlügen, der gerichtliche Weg entscheiden solle (Art. 8.) — wie viel Weitläufigkeiten hätte man sich erspart, wenn man in den letzten landschaftlichen Streitigkeiten, statt einen künstlichen, langweiligen diplomatischen Weg einzuschlagen, bei dieser so klar ausgesprochenen rein-privatrechtlichen Ansicht stehen geblieben wäre, und das Recht da gesucht hätte, wo es verfassungsmäßig auch gegen den Landesfürsten zu finden ist, nämlich bei den Gerichten! —; daß indeß Zweifel über die Auslegung landschaftlicher Dokumente nie einseitig entschieden werden dürfen (Art. 14.); daß die persönliche Freiheit der Unterthanen unter dem strengen Schutze der Gesetze stehe (Art. 20. und 34.); daß durch Gehalte oder Belohnungen fürstlicher Diener dem Lande keine Beschwerung entstehen (Art. 22.) oder, was dasselbe ist, daß dem Lande dadurch keine andere nothwendige Ausgabe entzogen werden solle; daß die bewilligten Steuern nach Ablauf der bestimmten Zeit von selbst wegfallen (Art. 23.). — In diesem Rechte liegt ein Heiligthum der Nation, und das wissentliche Aufheben desselben würde ein Verbrechen an der Volksfreiheit sein. Vergl. Rechtliche und staatswissenschaftliche Mittheil. mit bes. Rückf. auf Sachsen. Leipzig 1831. S. 38. — Es soll der Mißstand nicht zur Beschwerde der Unterthanen gereichen (Art. 36.), kein übermäßiger Kriegs-Etat gehalten (Art. 45.) und die Landmiliz nur mit Zustimmung der Stände vermehrt werden (Art. 46.). Von allen diesen Bestimmungen sucht man in der Landschaftsordnung von 1820 vergebens auch nur eine Spur (man möchte denn dahin rechnen wollen, daß bei der Gesetzgebung die Zuziehung der Stände versprochen ist, »so oft es die Umstände gestatten!« — (S. 26.); als ob es sich von selbst verstehe, daß solcher altväterliche Plunder längst der Vergessenheit angehöre, wird in dem Tone einer dem kaiserlichen Szepter entwachsenen Souveränität darüber

größte Gefahr gerathen ist, ebenfalls zu einer völlig nutzlosen Form herabzusinken. In der Landschaftsordnung von 1820,

hinweggegangen, und man sieht es den Ständen an, wie sie, im ängstlichen Gefühle ihrer unsichern und nur durch gewagte Fiktionen gehaltenen Stellung, wohl einsahen, daß sie leise auftreten mußten, wenn sie es nicht mit der landesherrlichen Gnade, durch welche sie noch allein gehalten wurden, verderben wollten. Man könnte, sofern hieraus ein Verlust befürchtet wird, einwerfen, daß eine Auslassung älterer ständischer Rechte noch nicht nothwendig eine Aufhebung derselben bewirke; allein theils bestätigt die Geschichte unserer landschaftlichen Verfassung nur zu sehr die Erfahrung, daß die Stände, weil sie nie populär waren, immer mehr von ihren Rechten aufgeben mußten, und daß die wiederholten Konfirmationen der gebliebenen Privilegien, trotz des altgewohnten Vorbehalts aller Ältern, immer mehr das Ansehen von Revisionen erhielten — und diese Erfahrung kann keine Beruhigung gewähren; theils hat auch die Landschaftsordnung von 1820 deutlich genug die Tendenz ausgesprochen, die Landstände in das Verhältniß einer bloß verwaltenden, auch, so weit dadurch die Souveränität nicht beeinträchtigt werde, einer berathenden Behörde zu stellen, und sie, selbst in der Ausübung ihrer geringen Befugnisse, der Regentengewalt unterzuordnen. Die Privilegien von 1770 gewährten im Art. 12. den Ständen das Recht, vier Mitglieder des Hofgerichts zu stellen; statt dessen haben sie, nach dem Landtagsabschiede von 1823, Art. 37., nur zwei Beisitzer des Landgerichts zu präsentiren. Die Landschaftsordnung von 1820 verlangt im Art. 38. die landesherrliche Bestätigung des Land-Syndikus, wovon die Privilegien von 1770, Art. 15, nichts wissen. Der Landtagsabschied von 1823 überweist den Chausseebau ohne Weiteres der Landes-Steuerklasse, die Privilegien von 1770, Art. 16, sprechen nur von einem beträchtlichen Zuschusse aus den Landeskassen zu diesem Zwecke. Der Art. 43. der Privilegien von 1770 setzt ausdrücklich fest, daß kein neuer oder erhöhter Zoll eingeführt werden soll, und im §. 16. der Landschaftsordnung entsagen die Stände geradezu einem Rechte, welches für das Land von der höchsten Wichtigkeit ist, und über dessen Beeinträchtigung, wie die Geschichte lehrt, die Klagen der Braunschweigischen Städte seit Jahrhunderten fortgebauert haben. — Fälle dieser und ähnlicher Art lassen sich bei weiterer Vergleichung der jetzigen Landschaftsordnung mit der Ältern noch in großer Menge auffinden, und im Texte wird dazu Veranlassung kommen; aber

§. 15. wird davon, daß die Unterthanen die nach den Bundesbeschlüssen erforderlichen Ausgaben durch Steuern zu decken hätten, als von einer Sache gesprochen, welche sich von selbst verstehe. Wenn sich etwas von selbst versteht, so muß es um so leichter sein, den Grund anzugeben; allein hier möchte man doch damit in Verlegenheit gerathen. Der deutsche Bund hat eine solche Verpflichtung nie ausgesprochen, und konnte es auch nicht, weil eine Verbindung von Fürsten über die Unterthanen nicht mehr Rechte haben kann, als jedem einzelnen Fürsten über die seinigen schon zustehen, und weil, wenn der Bund in seiner Gesamtheit die ehemalige kaiserliche Machtvollkommenheit repräsentiren wollte (was indeß durch die Bundesakte so wenig ausgesprochen ist, als es sich würde rechtfertigen lassen) doch auch jene Machtvollkommenheit ihre bestimmten und sehr engen Gränzen hatte. Abgesehen von historischer Begründung, liegt aber in der Sache selbst gar keine Veranlassung, eine unmittelbare Verpflichtung der Unterthanen anzunehmen. Die Bundesbeschlüsse können, ihrer Natur nach, nichts vor Augen haben, als die Erreichung allgemeiner Staatszwecke, und dieß um so mehr, als bei ihrer

es genügen diese Beispiele, um zu zeigen, wie wenig man noch vor 11 Jahren die Zeit richtig aufgefaßt hatte, wie wenig die Stände selbst die Wichtigkeit ihrer Stellung und die daraus sich ergebenden Bedürfnisse erkannten, oder wie wenig sie, ohne enge, lebendige Verbindung mit dem Volke, im Stande waren, diktatorischen Zumuthungen kräftigen Widerstand entgegenzusetzen. Der Regierung freilich, welche im Bewußtsein des guten Willens Autokratie für das beste Mittel hält, des Volkes Glück bei vielfach sich durchkreuzenden Standesprivilegien zu begründen, ist es nicht zu verdenken, wenn sie einem Institute, dessen Grundlagen vermodert sind, und welches in der jetzigen Zeit gar nicht mehr verstanden wird, so wenig Einfluß als möglich auf die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten einräumt, wird aber damit Alles wieder gut gemacht?

Abfassung nicht die Völker, sondern nur die Fürsten konfurriren. Die dazu erforderlichen Ausgaben können also keinen andern Charakter annehmen, als den der nothwendigen Staatsausgaben überhaupt, d. h. sie fallen nur dann, und nur so weit den Unterthanen zur Last, wenn und wie weit die durch die Kammergüter bereits gegebenen Einkünfte unzureichend befunden werden. Worin nun diese bundesmäßigen Ausgaben bestehen, darüber erhält man freilich durch den Landtagsabschied von 1823, in den Artikeln 2, 3 und 4, einigen Aufschluß, indem zuerst von der Erhaltung des Bundeskontingents die Rede ist, und dafür, statt einer genauen Ausmittlung des Fehlenden, die bedeutende Aversional-Summe von jährlich 350,000 Rthlr. als Landesbeitrag übernommen wird, und man sollte in der That, wenn man jene Artikel unbefangen übersieht, beinah auf den Gedanken kommen, daß die Stände die Erhaltung des Militärs ganz ohne Bedenken als eine allein den Unterthanen obliegende Pflicht anerkannt hätten *). Daß auf diese Weise die Vortheile, welche nicht nur das allgemeine deutsche — und noch mehr das natürliche, d. h. vernunftmäßige — Staatsrecht, sondern auch selbst unsere ältere Landesverfassung gewährte, gerabehin aufgegeben sein würden, ist für den Patrioten eine

*) Daß der Landtagsabschied an den angeführten Stellen wohl einer andern Deutung fähig sei, und daß ich in seiner Auslegung nicht nur hier, sondern auch in dem Folgenden, vielleicht irre, will ich nicht nur gern glauben, sondern sogar wünschen; allein der Vorwurf trifft alsdann nicht mich, der ich dabei gewiß nur die Ansicht des größten Theils der Unterthanen theile, sondern die Einrichtung unseres landständischen Instituts, bei welchem nicht dafür gesorgt ist, daß durch Oeffentlichkeit theils subjektiver Irrthum der Einzelnen, theils auch solche offenbare Unbestimmtheiten vermieden werden, welche, wie die Geschichte lehrt, von jeher die Reime endloser Zwistigkeiten in sich getragen haben.

eben so gegründete, als niederschlagende Besorgniß. Fragt man die historische Entwicklung der Verhältnisse, so ergibt sich, daß, wenn früherhin auch ein einzelner Stand, nämlich der Ritterstand, zu persönlichen Kriegsdiensten verbunden war, und, so lange das Lehenswesen dauert, auch noch jetzt ist, doch nie dem ganzen Lande eine Verpflichtung obgelegen hat, allein und zunächst für die Erhaltung des sämmtlichen Militärs zu sorgen; noch weniger aber hat jemals die Ansicht zum Grunde gelegen, daß auch die Bestimmung der desfalligen Bedürfnisse lediglich dem Ermessen, oder gar der Willkühr des Regenten überlassen bleibe. Die Privilegien von 1770 enthielten in dieser Hinsicht sehr vorsichtige und vernünftige Einschränkungen, in den Paragraphen 45 und 46, nach welchen der Kriegs-Etat immer den Kräften des Landes angemessen, und eine Vermehrung der Land-Miliz nur unter Beistimmung der Stände zulässig sein sollte; auch wird im §. 45. ausdrücklich nur eines Zuschusses aus den Landeseinkünften zu der Kriegs-Kasse gedacht, woraus folgt, daß der Haupt-Fonds dieser Kasse aus den Staatsgütern erfolgte.

Eine zweite Ungewißheit hat der Landtagsabschied von 1823 dadurch herbeigeführt, daß in den Artikeln 2. und 5. die Erhaltung und Herstellung der Chaussees ohne weitem Vorbehalt auf die Landes-Kasse übernommen ist. Chaussees sind — wenn auch in anderm Maße — eben so gut Mittel, die allgemeine Wohlfahrt, Kultur, Industrie u. s. w. zu heben, als Schulen und Gerichtsanstalten, sie gehören also auch eben so unmittelbar zum Staatszwecke, und sind eben so sehr auf die Staatseinkünfte angewiesen. Fünzig Jahre früher hatte man daran auch nicht gezweifelt, denn die Privilegien von 1770 (Art. 16.) erwarten, wie beim Militär, vom

Landes nur einen Zuschuß zu der Begebesserungs-Kasse. —
 Allein auch hiemit ist noch nicht Alles abgemacht, denn der
 Art. 2. des Landtagsabschiedes von 1823 enthält noch, unter
 Nr. 2. und 5, zwei Ansätze, deren Zweck eigentlich nicht recht
 klar, noch weniger aber mit einer unmittelbar das Land tref=
 fenden Verpflichtung in kausale Verbindung gesetzt ist, näm=
 lich 10,000 Rthlr. an Kosten durchmarschirender Trup=
 pen und 20,000 Rthlr. zur Bestreitung der Kosten allge=
 meiner Bundesverpflichtungen.

Augenscheinlich sind in jener Zeit die Stände von der
 Ueberzeugung geleitet worden, daß, bei dem dermaligen Zu=
 stande des Staatsvermögens und der außerdem davon zu
 bestreitenden Ausgaben, jene Zuschüsse doch vom Lande noth=
 wendig hätten übernommen, daß, wie sich die Verhältnisse
 jetzt einmal gestaltet haben, in alle Ewigkeit Steuern gezahlt
 werden müssen, und daß es daher den Vortheilen des
 Landes nicht entgegen sei, wenn sie ihre unbedingte Ver=
 pflichtung zu Beisteuern anerkannten, welche freilich vor Jahr=
 hunderten allein vom guten Willen abhängig gewesen seien,
 jetzt aber durch die Nothwendigkeit bedingt würden. So könnte
 Mancher vielleicht auch jetzt noch räsonniren, und sich mit dem
 Wahne brüsten, durch richtige Auffassung der Gegenwart sich
 über altväterliche Pedanterie hinweggesetzt zu haben, ohne
 durch steif sinniges Hangen am Alten, Unbrauchbaren, den
 durch die Verhältnisse gebotenen zeitgemäßen Einrichtungen,
 hemmend in den Weg zu treten. Eine solche Ansicht würde
 indeß eben so wenig Sachkunde, als Weltkenntniß und Liebe
 für angeborne, unveräußerliche Volksrechte verrathen. Daß
 zunächst die Summe von 350,000 Rthlr. für das Militär,
 in einem Ländchen, wie das Braunschweigische, viel zu hoch
 sei, ist nicht nur weltbekannt, sondern von den Ständen selbst

offenherzig eingeräumt *), und hier ist also wenigstens eine Beschränkung mit Sicherheit zu erwarten. Eine Aufhebung sämmtlicher Steuern ist allerdings nicht wahrscheinlich, gleichwohl nicht unmöglich **), und jedenfalls eine bedeutende Verminderung unausbleiblich. Endlich aber macht es doch in der Idee und der Stellung des Rechtsverhältnisses einen bedeutenden Unterschied, ob die Verpflichtung des Landes zu irgend einer ursprünglich dem Staatsgute obliegenden Ausgabe jetzt als unbedingt, oder nur als subsidiär anerkannt wird. Einzelne Thatsachen bilden Analogien, mehrere Analogien bilden ein Herkommen, und ehe man sich's versieht, hat die Verfassung einen Zusatz bekommen, an dessen Hinwegräumung vielleicht die Anstrengungen eines Jahrhunderts scheitern. Wer die Geschichte unserer landschaftlichen Verfassung kennt, wird nach Beispielen der Art nicht fragen.

Wenn es indeß hiernach nicht geläugnet werden kann, daß der Weg zur Zivilliste durch die Sorglosigkeit der Stände bei den Verhandlungen von 1820 und 1823 sehr erschwert worden ist, so läßt sich doch gleichwohl eben so wenig behaupten, daß er gänzlich versperrt sei. Noch sind die Grundideen, wenn gleich durch manche fremdartige Beimi-

*) Siehe die Beschwerdeschrift der Stände an den deutschen Bund, wegen der Streitigkeiten mit dem Herzog Carl, vom 23ten Mai 1829. (In der Leipziger Ausgabe.) S. 22.

**) Der Eifer, mit welchem das wichtige Institut der Bürgergarben im Lande aufgenommen und ausgebildet ist, legt die Hoffnung sehr nahe, daß dadurch, mit der Zeit wenigstens, ein großer Theil des stehenden Militärs entbehrlich gemacht werden kann. Unter dieser Voraussetzung würden die noch übrigen geringen Ausgaben für den Militärbedarf vielleicht durch die Staatseinkünfte gedeckt werden können, und dann, nach Abzahlung der Schulden, die Möglichkeit einer völligen Steuerfreiheit wenigstens vorliegen.

schung getrübt, doch durch richtige Zusammenstellung deutlich genug zu erkennen, um eine Zivilliste als etwas unsern bisherigen Verhältnissen schon nahe Verwandtes, ja gewissermaßen dadurch schon Bedingtes, zu ergeben. Noch nie haben unsere Fürsten die Pflicht erkannt, aus den Staatseinkünften zunächst und hauptsächlich für Erhaltung und Fortbildung der zur Erreichung des Staatszwecks nöthigen Institute zu sorgen, und jene Anomalien können in der That nur als das Erzeugniß der beiderseitigen Ueberzeugung betrachtet werden, daß die Staatseinkünfte zu der Befriedigung aller nothwendigen Bedürfnisse wirklich nicht ausreichten. Bis hieher wird sich schwerlich ein Zweifel finden, und wir wollen versuchen, die weitem Folgerungen zu ziehen.

Daß, bevor überhaupt an die Befriedigung anderer Staatsbedürfnisse gedacht werden kann *), die Kosten für Erhaltung der fürstlichen Familie bestritten werden müssen, versteht sich von selbst, weil dieser Zweck wenigstens eben so nothwendig ist, als alle übrigen, und die Unterthanen subsidäre Verpflichtung zur Aushülfe nicht verkennen. Daß indeß alles dasjenige, was hiernach von den Staatseinkünften übrig bleibt, zur Erhaltung und Fortbildung der öffentlichen Institute, oder mit andern Worten zur Erreichung des Staats-

*) Es wird kaum nöthig sein, mich hier gegen das Mißverständniß zu bewahren, als ob die Zivilliste ohne alle Rücksicht auf die Größe der Einkünfte und der übrigen Bedürfnisse des Staates bestimmt werden könnte. Das würde wiederum das ganze Land zum Regenten in das Verhältniß einer nutzbaren Domäne bringen, und den Staatszweck, nämlich das Volksglück, zur Nebensache machen. Ein Land, welches geringe Hülfquellen und große Bedürfnisse hat, kann seinem Fürsten keinen solchen Hofstaat halten, als ein Land, bei welchem das umgekehrte Verhältniß eintritt. Darüber ist selbst unter den europäischen Regenten kein Zweifel, welche sehr oft freiwillig ihre Zivilliste eingeschränkt haben.

zwecks in seinem vollen Umfange verwandt werden muß, ist eine eben so nothwendige und bisher nie bestrittene Folgerung. Es stellt sich daher jetzt die Frage nur noch so: ob und nach welchen Grundsätzen die Feststellung des fürstlichen Familienbedürfnisses unter solchen Umständen in Antrag gebracht werden kann, nachdem der Zweck des Staatsvermögens im Allgemeinen anerkannt ist.

So lange wir Steuern bezahlen, hat die Beantwortung dieser Frage überhaupt keine Schwierigkeiten. Das Recht der Unterthanen, Steuern zu verwilligen, oder vielmehr, wie es eigentlich heißen sollte, dieselben, ohne nachgewiesene Nothwendigkeit, zu verweigern, bildet die Grundlage, und vielleicht die einzige, unserer landschaftlichen Verfassung. Selbst da, wo anscheinend dieses Recht von den Ständen aufgegeben ist, wo sie ohne weitere Untersuchung ihre Verpflichtung zur Uebernahme einer Steuer rein anerkannt haben, kann vernünftigerweise ihre Einwilligung nur unter der stillschweigenden Voraussetzung gedacht werden, daß der Fall einer Unzulänglichkeit der Staatseinkünfte wirklich eingetreten sei. Es ist nämlich wohl zu unterscheiden zwischen der Nothwendigkeit selbst und der subjektiven Ueberzeugung, daß sie vorhanden sei.

Die Nothwendigkeit einer Beihülfe ist von den Landesfürsten selbst, wie vom Kaiser, beständig behauptet, und da diese Nothwendigkeit den Grund abgeben soll, weshalb die Stände ausnahmsweise eine Steuer zu bewilligen verpflichtet sind, so muß ihnen dieselbe auch einleuchten, weil sonst auf ihrer Seite ein Handeln ohne freie Willensbestimmung, mithin ein Zustand des äußern Zwanges, angenommen werden müßte, welcher jedes Rechtsverhältniß, also auch das zum Fürsten, ausschließen würde. Faktisch ist es wenigstens nicht

zu erwarten, daß die Unterthanen ihre rechtliche Verpflichtung ohne eine genaue Nachweisung der Nothwendigkeit je anerkennen werden. Daß die Stände, in ältern wie in neuern Zeiten, mit dieser Ueberzeugung leicht fertig geworden sind, und gewöhnlich die bloße Versicherung der fürstlichen Räthe für hinreichend hielten, um die Nothwendigkeit einzusehen, kann unmöglich zu dem Schlusse berechtigen, daß auch für die Zukunft die Ueberzeugung der Stände lediglich und unfehlbar durch solche oberflächliche Angaben herbeigeführt werden müsse. Bei der Einfachheit und Offenheit des fürstlichen Finanzwesens in ältern Zeiten mochte auch eine solche Einsicht für die Stände leicht zu gewinnen sein, ohne daß es einer weitläufigen Untersuchung bedurfte; allein so lange man dieselbe für wesentlich hält — und das muß man, wenn das Steuerverwilligungsrecht nicht zu einer leeren Ceremonie werden soll — würde es widersinnig sein, sie allein auf eine Art verschaffen zu wollen, welche unter Umständen vielleicht am wenigsten geeignet ist, Ueberzeugung zu begründen.

Wollte man überhaupt die Sache so stellen, daß die Unterthanen freilich nur im Falle einer eingetretenen Unzulänglichkeit der Staatsmittel die Befriedigung eines nothwendigen Bedürfnisses übernehmen mußten, daß indeß auch schon die bloße Versicherung des Fürsten das Dasein dieser Thatsachen außer Zweifel setzte, so würde sich das, was man als ein Rechtsverhältniß zwischen Fürst und Volk darstellt, in ein Gewebe von leeren Redensarten und Sophismen auflösen. Man hätte allerdings der Steuerpflicht der Unterthanen vernünftige Gränzen gesetzt, allein man hätte zugleich dem Regenten das Recht gegeben, diese Gränzen nach Belieben zu verrücken, oder mit andern Worten, die Rechte des Volks nur so lange gelten zu lassen, als es ihm gefiele.

Wenn man aber ein Recht einräumt, der muß auch zu denjenigen Mitteln befugt sein, welche die Realisirung dieses Rechts voraussetzt. Wenn daher das Volk seine Beihülfe nur unter gewissen Umständen zusagen muß, also berechtigt ist, dieselbe ohne das Eintreten solcher Umstände zu verweigern, so kann ihm unmöglich die Befugniß abgesprochen werden, sich von dem Vorhandensein derselben auf eine völlig zureichende Weise zu überzeugen. Diese Ueberzeugung ist aber dem Volke oder seinen Repräsentanten nicht anders zu verschaffen, als durch eine vollständige Darlegung des ganzen Staatshaushalts, aus welcher sich die Nothwendigkeit der Ausgabe, wie die Unzulänglichkeit der Mittel ergibt. Eine solche Darlegung setzt freilich eine Aufzählung und Berücksichtigung aller Staatsbedürfnisse, hauptsächlich und unerläßlich aber das voraus, daß die Ausgaben für die fürstliche Hofhaltung fixirt werden. Erkennen die Stände einen solchen Etat für richtig an, so ist die Zivilliste fertig.

Es ließe sich hiergegen noch folgender Einwurf denken. Der Fürst habe auf diese Weise die Stände freilich von der Nothwendigkeit ihrer Beihülfe überzeugt; nun komme es aber nicht den Ständen, sondern dem Fürsten zu, die wirkliche Verausgabung der eigentlichen Staatseinkünfte zu leiten, und er könne also, ohne daß ihm ein Eingriff in die Volksrechte zur Last falle, von denselben dennoch so viel zu seinem eigenen Bedarf nehmen, als er wolle, wenn er dagegen diejenigen Ausgaben beschränke, welche nach dem Etat zu andern Staatsinstituten verwandt werden sollten. Auf diese Weise sei also der Zweck der Zivilliste umgangen, und die Bedenklichkeit des Volks selbst die Veranlassung, daß die wichtigsten öffentlichen Einrichtungen vernachlässigt würden. Allein die Unhaltbarkeit dieses Einwurfs ist leicht zu durchschauen. Die

Sorge für solche Staatseinrichtungen ist eine dem Fürsten an sich, auch ohne Zivilliste, obliegende Pflicht, deren Erfüllung nicht von seiner Willkühr abhängen kann, und wenn er den Unterthanen einen Etat über nothwendige Staatsausgaben vorlegt, so ist das so viel, als ob er sagte: auf diese Weise will ich über die Staatseinkünfte zum Besten des Landes verfügen. Die Stände aber, indem sie den Etat als richtig anerkennen, und ihre Beisteuer bewilligen, sprechen dadurch die Erwartung aus, daß nun auch auf die vorgeschlagene Weise mit den Einkünften verfahren werden solle, daß also die Ausführung des Etats Bedingung ihrer Steuerverwilligung sei; und so ist darüber ein Vertrag abgeschlossen, dessen Erfüllung die Unterthanen vom Fürsten zu fordern ohne Zweifel berechtigt sind.

Daß einmal eine Zeit eintreten sollte, wo gar keine Steuern nöthig wären und gezahlt würden, ist freilich nicht leicht zu erwarten, und man könnte daher bei dem bisher Gesagten einstweilen stehen bleiben; allein gerade weil unter einer solchen Voraussetzung der Fall in einer noch reinern Absonderung von Relativitäten aufgefaßt werden muß, zeigen sich dabei neue Seiten, von denen die rechtliche Natur der Zivilliste in einem noch hellern Lichte erscheint. Zunächst ergiebt sich für diesen Fall aus dem Vorigen die nahe liegende Rücksicht, daß, wenn die Unterthanen nur subsidiär, bei Unzulänglichkeit der Staatseinkünfte, zu Steuern verpflichtet sind, sie ein natürliches Interesse haben, zu wissen, daß das Staatsgut nicht durch übermäßige Ausgaben und Verschuldung zu sehr angegriffen werde, um für die Folge unzulänglich zu werden, und zwar auf eine Art, von welcher das Land keinen Vortheil hat. Daß in einem solchen Falle die Unterthanen nicht benachtheiligt werden dürfen, versteht sich von selbst, sofern nicht ihre vielfach zugestandenen Volksrechte wiederum in Dunst

vergehen, und sie selbst der reinen Willkühr anheim fallen sollen; allein um den — jedenfalls möglichen — Nachtheil von ihnen abzuwenden, oder mit andern Worten, ihre Rechte zu sichern, giebt es nur zwei Mittel: entweder müssen sie alsdann befugt sein, die durch unwirthschaftliche Benützung des Staatskapitals nothwendig gewordene Beisteuer zu verweigern; oder es muß ihnen durch eine fortlaufende Einsicht in den Staatshaushalt, und durch die Möglichkeit des Widerspruchs, Gelegenheit gegeben werden, sich von der Zweckmäßigkeit der Verwaltung zu überzeugen und Unzweckmäßigkeit zu verhindern. Das erste Mittel wird nicht mit dem Wesen des Staatshaushalts, welcher keine Unterbrechung leidet, vereinbar sein, und es bleibt also nur das zweite, dieses aber mit unabweislicher Nothwendigkeit, übrig. Es ließe sich hiergegen einwerfen, daß ja möglicherweise der Regent, ohne Zuziehung der Stände, mit dem Staatsvermögen vollkommen zweckmäßig, d. h. dem allgemeinen Besten entsprechend, wirthschaften könnte, daß indeß bei dem Andränge der Bedürfnisse die Mittel dennoch vielleicht nicht ausreichen, und die Stände also sich begnügen und bewilligen müßten, wenn ihnen auch nachher, bei erfolgter Anforderung, Rechenschaft abgelegt würde. Allein es handelt sich hier nicht davon, wie das Rechtsverhältniß sich allensfalls in einem gegebenen Falle gestalten könnte, sondern davon, welche Garantien dem Volke zu bewilligen sind, damit jene Möglichkeit, nämlich der guten Verwaltung, auch zur Wirklichkeit werde, weil nur in diesem Falle die Rechte des Volks gesichert bleiben. Umgekehrt würde aber schon die Möglichkeit einer Verletzung der Volksrechte eine völlige Aufhebung derselben sein, denn da dem Obigen zufolge die Steuerpflicht der Unterthanen, bei wirklich eingetretenem Bedürfnisse, nie verweigert werden kann,

selbst wenn der Regent schlecht gewirthschaftet hätte, so wäre wiederum das Verwilligungsrecht der Unterthanen ganz in die Willkühr des Fürsten gegeben, d. h. rechtlich und faktisch aufgehoben.

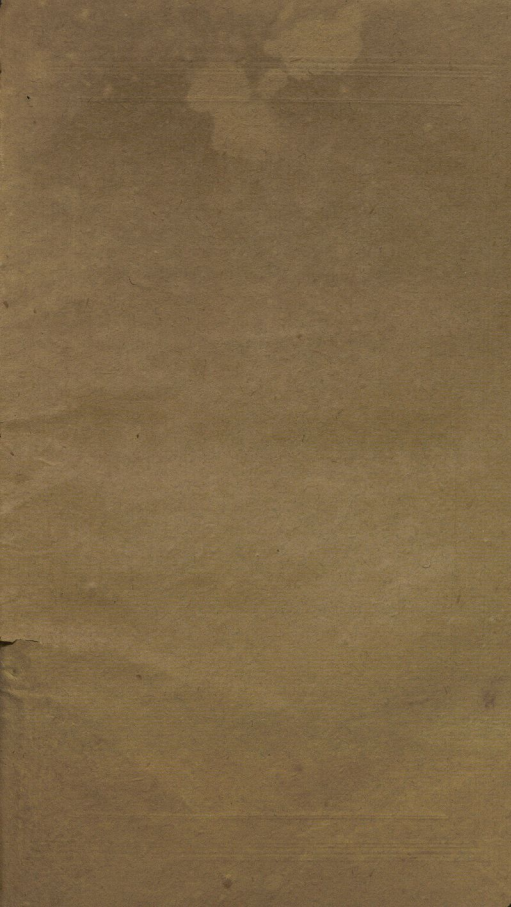
Allein auch ganz abgesehen von diesem Interesse, welches die Unterthanen, im Falle einer völligen Steuerfreiheit, haben würden, bietet sich der Beurtheilung noch eine höchst wichtige Rücksicht dar. Es ist oben gezeigt, daß und wie dem Fürsten die Pflicht obliegt, für die Einrichtung, Erhaltung und Fortbildung aller für den Staatszweck nöthigen Institute zu sorgen, als Justizwesen, Polizei, öffentliche Verwaltung, Unterricht u. s. w., und wo man dem Fürsten eine Pflicht auferlegt, da muß nothwendig dem Volke ein derselben entsprechendes Recht zugesprochen werden. Das Volk erscheint demgemäß als berechtigt, von dem Fürsten die Bestreitung der zu jenen Einrichtungen nöthigen Ausgaben zu erwarten, so weit die Staatseinkünfte reichen. Fehlt es nun aber an einer Bestimmung, wie viel der Fürst von diesen Staatseinkünften vorweg nehmen darf, um die Kosten seiner eigenen Hofhaltung zu bestreiten, so fehlt es ebenmäßig nicht nur an einer Bestimmung, wie viel davon zu den Staatsausgaben übrig bleibt, sondern auch, was beinah noch wichtiger ist, wie viel bei zweckmäßiger Einrichtung davon übrig bleiben könnte. Und hierauf kommt es doch nur allein an; denn wollte man annehmen, daß die Unterthanen nicht so viel von den Staatseinkünften zu den allgemeinen Staatszwecken fordern könnten, als sich davon nach Abzug einer angemessenen Summe für die fürstliche Hofhaltung verwenden läßt, so würde es lediglich in der Willkühr des Regenten liegen, ob und wie viel er für sich nehmen, und wie viel er übrig lassen wollte, oder mit andern Worten, dem Volke würde freilich der Anspruch

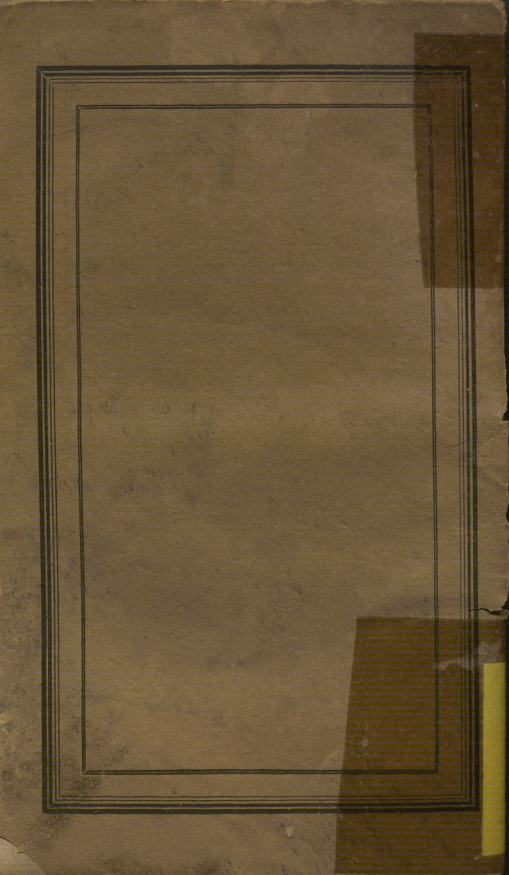
auf Befriedigung des Staatszwecks eingeräumt, dem Fürsten aber zugleich das Recht, jenen Anspruch anzuerkennen, oder nicht. Hier löst sich also wiederum das Recht der Unterthanen in Nichts auf, und daraus folgt, daß, wenn es einmal vorhanden ist, auch seine Sicherstellung nur durch eine unabänderliche Bestimmung aller aus dem Staatsvermögen zu befreitenden Ausgaben, unter Zuziehung der Unterthanen, erreicht werden kann. Ein Recht ohne Garantie ist aber so gut wie gar kein Recht, und im öffentlichen Verhältnisse noch gefährlicher, weil es den Wunsch nach Erfüllung stets lebendig erhält.

So scheint es also nur noch einer geringen Operation, nur einer Zusammenstellung der schon geschichtlich und naturrechtlich gegebenen Resultate zu bedürfen, um ein Institut ins Leben zu rufen, auf welchem ohne Zweifel der finanzielle Wohlstand, wie die geistige und sittliche Ausbildung eines Volkes hauptsächlich beruht. Ist auf eine solche Weise der Staatshaushalt durchgreifend geregelt, so wird die Finanzverwaltung unendlich vereinfacht werden, die Hülfquellen des Staats lassen sich besser vergleichen und schätzen, jedes nothwendige Bedürfnis wird befriedigt, ohne daß das Volk je Ursache haben könnte, gerechte Beschwerden zu führen, oder der Regent, ungerechte zurückzuweisen, das gegenseitige Vertrauen wird durch die offene Darlegung des Staatshaushalts gehoben, und der Fürst geht als Vater seines Landes allen Unterthanen mit dem Beispiele einer vollkommen geregelten Wirthschaftsführung voran. Eine Weigerung, Steuern zu bezahlen, welche das Bedürfnis nöthig macht, läßt sich bei einer solchen Einrichtung kaum denken, weil jeder, selbst der geringste Unterthan, die volle Ueberzeugung hat, daß nicht Habsucht des Regenten oder sorglose Wirthschaft, sondern nur der Drang außerordentlicher Umstände die Nothwendigkeit

einer außerordentlichen Beihülfe herbeiführen konnte. Leider ist die Erinnerung an eine Zeit, wo verkehrte Finanzpolitik selbst die dringendsten Bedürfnisse des öffentlichen Wesens unbefriedigt ließ, noch zu frisch, als daß es weiter nöthig sein sollte, die Vortheile einer Zivilliste hervorzuheben.

Daß unter der Regierung unsers jetzigen Landesherrn ein solcher Antrag gestellt wird, das kann dem hochherzigen, menschenfreundlichen Fürsten nur zur Ehre gereichen. Wäre er nicht so gut, hätte man ein weniger unbegränktes Zutrauen zu seiner fürstlichen Offenheit und Uneigennützigkeit, könnte man weniger seinen Willen, gerade durch das unerschütterliche Vertrauen seiner mit schwärmerischer Liebe ihm anhängenden Unterthanen stark zu sein: so würde man vielleicht an dem Versuche eines solchen Vorschlags verzweifeln. Aber nur von guten Fürsten haben die Völker gute Verfassungen, liberale Institutionen zu erwarten, nur von guten haben sie dieselben, wie die Geschichte lehrt, erhalten. Der weise Fürst sieht voraus, daß nicht alle seine Nachfolger sein können, wie er; aber der gute strebt, auch noch die folgenden Generationen zu beglücken, und findet seinen Lohn in der treuen Anhänglichkeit seines Volks, in der dankbaren Anerkennung der unbestechlichen Geschichte.







KODAK GRAY SCALE



C	Red-Filter Negative	Cyan Printer	M	Green-Filter Negative	Magenta Printer	Y	Blue-Filter Negative	Yellow Printer
----------	---------------------	--------------	----------	-----------------------	-----------------	----------	----------------------	----------------



KODAK COLOR CONTROL PATCHES



These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.